

Pro und Contra : hat sich das Modell der Zeitmilitärs bewährt?

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **173 (2007)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Strategien militärischer Risikominimierung und deren politische Kosten

«So stehen sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine schnell wachsende Anzahl von Krisengebieten und eine eng begrenzte Menge interventionsfähiger, aufgrund ihrer spezifischen Interessenslage sowie ihrer politischen Verfassung jedoch nur selten interventionsbereiter Mächte gegenüber: Die Notwendigkeit, neue innergesellschaftliche Kriege durch die Entsendung auswärtiger Streitkräfte im Ansatz zu ersticken, hat ständig zugenommen, während die Möglichkeit hierzu eher zurückgegangen ist – ein weiterer Grund dafür, dass sich die neuen Kriege in den letzten Jahren ungehindert ausgebreitet haben und dass sich dies in nächster Zukunft schwerlich ändern wird.»

Hefried Münkler, die neuen Kriege, Rowohlt, Reinbeck b. Hamburg, 2004 (S. 232–233)

nicht, macht sie sich erpressbar: Sie wird niemals tatsächlich ein «robustes Mandat» zur Durchsetzung eines Auftrages umsetzen, da zum Wesen des Militärischen nun einmal in letzter Konsequenz der Kampf mit der Waffe gehört und jeder Akteur im Wissen um diese Erpressbarkeit diese Karte spielen wird. Folglich arrangiert man sich mit einer solchen Haltung mit diesen Akteuren, lässt sich auf Kompromisse ein und hindert damit gleichzeitig die eigenen Kräfte an der effektiven Durchführung ihres Auftrages; oder man zieht sich zurück, spätestens dann, wenn die Bilder der ersten eigenen Toten in den heimischen Medien präsentiert werden.

Folglich muss Politik Zweck und Ziel von Einsätzen definieren und verständlich machen. Bereits der heute so häufig für überholt angesehene Clausewitz hat auf diesen Unterschied hingewiesen. Zweck und Ziel sind Bezugspunkte jeder Strategie. Das grundsätzliche Ziel einer jeden Strategie ist der Erfolg. Das grundsätzliche Ziel einer Kriegführung und damit jeder militärpolitischen Strategie ist der Sieg. Für Clausewitz zielt der Akt der Gewalt dabei auf die Wehrlosmachung oder Niederwerfung des Gegners; Niederwerfung bedeutet, dem Gegner seine Kräfte zur

Kriegführung zu nehmen, also alle Mittel zur Kriegführung. Allerdings ist dieser gerade in den heutigen Konflikten nicht allein durch die Niederwerfung der gegnerischen Kräfte definiert, sondern ist durch einen finalen Status (engl.: «end state») darzulegen, der das gesamte politische Umfeld betrachtet. Dieser finale Status ist der Zweck der Strategie. Dieser «end state», also der Zweck, ist das, was Clausewitz mit «beabsichtigtem Frieden» meint: «Die Erhaltung der eigenen Streitkräfte, die Vernichtung der feindlichen, mit anderen Worten der Sieg ist der Gegenstand des Kampfes; aber er ist freilich nicht der letzte Zweck. Die Erhaltung des eigenen Staates und die Niederwerfung des feindlichen ist dieser Zweck, und wieder mit einem Wort: der beabsichtigte Friede, weil in ihm sich dieser Konflikt ausgleicht und in einem gemeinschaftlichen Resultat endigt.» Clausewitz erarbeitet folglich mit seiner Theorie des Krieges, der Herausarbeitung prinzipieller Relationen von Politik, Gesellschaft, Krieg und Friedensordnung, eine zukunftsweisende Studie, welche bereits hier die Zusammenhänge gesamtgesellschaftlicher Wechsel- und Aussenwirkungen hervorhebt. Der Einsatz militärischer Mittel, mithin Kriegführung, ist somit ein Instrument der Politik und Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Das Weissbuch von 2006, welches erstmals die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland umreisst und zur Konfliktverhinderung und -bewältigung auf einen ressort- und institutionenübergreifenden Ansatz hinweist, mithin den Einsatz militärischer Mittel als ein subsidiäres Instrument der Politik versteht, folgt dem clausewitzschen Ansatz. Wenn sich allerdings die Bundesrepublik entschliesst, Streitkräfte zu entsenden, so muss der politische Zweck klar definiert und abgestimmt sein; die diesem Zweck dienenden militärischen Ziele müssen realistisch und erreichbar sein. Dazu sind die zu entsendenden Truppen entsprechend auszuwählen, zu-

sammenzustellen, auszubilden, auszurüsten und zu unterstützen. Mithin sind die erforderlichen Fähigkeiten zum Einsatz zu bringen. Vor allem aber sind Zweck und Ziel der Bevölkerung und den Soldaten zu vermitteln. Während des Kalten Krieges hatten Streitkräfte den Zweck, in der Krise die Bundesregierung vor politischer und militärischer Erpressung von aussen zu schützen sowie im Kriege die Unversehrtheit des Staatsgebietes der Bundesrepublik und seiner Verbündeten zu schützen und die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung zu garantieren. Die Fähigkeiten der Streitkräfte und (potenzielle) militärische Ziele waren auch hinsichtlich der (geplanten) Operationsführung auf eben diesen Zweck ausgerichtet. In den aktuellen Konflikten mit tatsächlichen Operationen sind die konkreten militärischen Ziele *conditio sine qua non* dafür, dass der politische Zweck, die Handlungs- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland glaubwürdig zu demonstrieren, erreicht werden kann.

Es ist die Aufgabe der Politik, dieses nachvollziehbar zu leisten und die Risiken offenzulegen sowie dabei Opfer und Verluste zu vertreten. **Nur wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, machen militärische Einsätze Sinn, wird soldatisches Dienen nachvollzogen und können auch Rückschläge verkraftet werden.**

Anmerkung: Bei den Ausführungen handelt es sich um die persönliche Meinung des Verfassers. ■



Dirk Freudenberg, Dr.,
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
Akademie für Krisenmanagement,
Notfallplanung und Zivilschutz,
D-53507 Dernau (privat).

PRO UND CONTRA

Hat sich das Modell der Zeitmilitärs bewährt?

Eine stichhaltige Antwort auf diese Frage könnten nur solche Wehrmänner geben, die entweder das Modell selber erprobt haben oder den Einsatz von Zeitmilitärs aus eigener Anschauung zu beurteilen vermögen. Niemand hat sich auf Grund solcher Erfahrungen zum Wort gemeldet. Das lässt sich vielleicht damit erklären, dass die Zeitspanne möglicher Erfahrungen noch relativ kurz ist. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass dieses Modell gewissermassen als «erratischer Block» in unsere traditionsgeprägte Miliz hineinkatapultiert wurde. Es wäre jedoch schade, den Versuch angesichts der Schwierigkeiten in der Startphase vorzeitig abzubrechen. Das Modell entspricht dem aktuellen Trend zur Mobilität im Berufsleben und eröffnet neue Chancen des Erfahrungsaustausches zwischen zivilen und militärischen Aktivitäten.

Zum dritten Mal in Folge sind unter dem Titel «Pro und Contra» keine Stellungnahmen aus dem Leserkreis eingegangen. Wir haben uns deshalb entschlossen, diese Rubrik einzustellen. G./Fe. ■